UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Annette Hennigs, Tagungsbericht Archiv- und Sammlungsgut zur Zwangsarbeit in Deutschland 1939 bis 1945 - Topographie und Erschließungsstrategien

Visual Library

Tagungsbericht
Archiv- und Sammlungsgut zur Zwangsarbeit in Deutschland 1939 bis 1945 – Topographie und Erschließungsstrategien

am 26./27. März 2001 in Bochum
Veranstalter: Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster und Westfälisches Archivamt, Münster

von Annette Hennigs

Wie kaum ein anderes zeitgeschichtliches Thema findet in letzter Zeit die Zwangsarbeit, die mehrere Millionen Menschen aus dem europäischen Ausland während des Zweiten Weltkrieges für deutsche Unternehmen und Einrichtungen ableisten mußten, öffentliche Beachtung. Durch die von der Stiftungsinitiative „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" geschaffene Möglichkeit, den ehemaligen Zwangsarbeitern eine Entschädigung auszuzahlen, erreichen die Archive viele tausend Anfragen nach Nachweisen für die erbrachte Arbeit. Diese Erfordernisse riefen bei zahlreichen Archivträgern den Wunsch hervor, detailliertere Kenntnis über das Ausmaß der Zwangsarbeit im jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu erlangen. Vielerorts trug dies zu einer intensiveren Erschließung der zeitgenössischen Quellenbestände bei. Darüber hinaus greift die historische Forschung seit einiger Zeit verstärkt die Thematik auf: Zahlreiche regional oder überregional ausgerichtete Projekte tragen dazu bei, diesen Aspekt der Geschichte des Nationalsozialismus detailliert aufzuarbeiten.

Um einen Überblick über die insgesamt disparate Quellenlage, die durch z.T. bewußte, z.T. unbewußte Zerstörungen vor und nach 1945 entstanden ist, zu bekommen, die vorhandenen Quellen qualitativ einordnen zu können und Möglichkeiten der Informationsvernetzung einerseits und der Aufbereitung für die Forschung andererseits aufzuzeigen, veranstalteten das NRW Staatsarchiv Münster und das Westfälische Archivamt, Münster, gemeinsam am 26./27. März 2001 eine Tagung im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets. Mehr als 220 Teilnehmer aus Deutschland und zahlreichen europäischen Staaten verfolgten die angeregte Diskussion.

Während der Tagung wurde ein Reader mit Thesenpapieren verteilt, die die meisten Referenten dankenswerterweise zur Verfügung stellten. Als weiterführende Information zu diesem Tagungsbericht ist der Reader unter der Internet-Adresse http://www.archive.nrw.de/dok/tagung-zwangsarbeit01/ abrufbar.

Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen; unterstrich in seinem Grußwort deutlich die wichtige Rolle der Archive als Träger der Rechtssicherheit in der Demokratie. Ohne die Tätigkeit der Archivare wäre es heute nur schwer möglich, den noch lebenden Zwangsarbeitern im Rahmen des Entschädigungsverfahrens zu ihrem Recht zu verhelfen

Auch Landesrat Karl Teppe vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) betonte die besondere Kompetenz im Umgang mit der disparaten Quellenlage, die – auch angesichts der drängenden Zeit – von den Archivaren gewährleistet wird. Der LWL als Nachfolger des Provinzialverbandes erforscht einerseits den Einsatz von Zwangsarbeitern im Dienste dieser Insitution. Andererseits unterstützt das Archivamt als Einrichtung des LWL die

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

kleinen Stadt- und Gemeindearchive in fachlichen Fragen zur Zwangsarbeiterthematik.

Ulrich Herbert (Universität Freiburg) sprach die einleitenden Worte aus der Sicht der Forschung. Unter Einbeziehung der neuesten Forschungsergebnisse skizzierte er zum einen den derzeitigen Kenntnisstand zur Thematik, machte aber auch die offenen Fragen und Probleme der Forschung deutlich. Trotz einiger Ansätze gibt es sicher noch Defizite, so z.B. in der Erforschung der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft oder der Lebenssituation der Zwangsarbeiterkinder.

Wilfried Reininghaus (NRW Staatsarchiv Münster) skizzierte einen Überblick über den Gesamtbestand der vorhandenen Quellen. Die zersplitterte und lückenhafte Überlieferung insgesamt und das mangelhafte quellenkundliche Handwerkszeug für das Schriftgut des 20. Jahrhunderts bilden dabei ein besonderes Problem, insofern kann ein solcher Überblick z.Zt. nur eine Zwischenbilanz über das gesamte Spektrum der Archivbestände zur Zwangsarbeit in Deutschland sein. Grundsätzlich steht zu erwarten, daß auf allen Stationen, die die Zwangsarbeiter durchlaufen mußten (von der Rekrutierung im Heimatland über den Transport und die Sammelstellen bis hin zu der Verteilung auf die Arbeitsplätze und die Rückkehr in die Heimatländer 1945) Quellen entstanden sein müssen. Trotz einer großen Bandbreite an Quellen (Melderegister, Lohnlisten, Arbeitsbücher, Quittungskarten der Sozialversicherungsträger, Gefangenenbücher, Betriebsakten, Arbeitsamtsakten usw.) haben Kriegs- und Nachkriegsverluste zu großen Überlieferungslücken geführt, die nur z.T. durch Ego-Dokumente von Seiten der ehemaligen Zwangsarbeiter ergänzt werden können. Perspektivisch könnte eine Topographie der Quellen einen Überblick über das erhaltene Archivgut leisten.

Klaus Oldenhage (Bundesarchiv) schließlich umriß die Möglichkeiten, von Seiten der Archive und des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen Aufenthalts- bzw. Beschäftigungsnachweise für die noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter zu erstellen. Um dieses Nachweisverfahren effizient zu gestalten, werden zur Zeit organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen, nach denen über die Partnerorganisationen der Stiftungsinitiative die Anfragen zunächst in Bad Arolsen gebündelt eingehen. Die Anfragen, die dort nicht beantwortet werden können, sollen an zentrale Clearingstellen in den einzelnen Bundesländern verteilt werden, um von dort aus an die zuständigen Archive vor Ort weitergeleitet zu werden.

Charles Claude Biedermann (Internationaler Suchdienst Bad Arolsen) erläuterte im Anschluß daran die Vorgehensweise und Möglichkeiten des Suchdienstes. Aus der Suchtätigkeit des Roten Kreuzes ab 1943 bzw. der UNRRA und der IRO nach 1945 sind dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen Bestände erwachsen, die bis heute stetig ergänzt und erweitert werden. Aufgrund des mandatsgemäßen Auftrages der Suche nach vermißten Personen sind so hier im Laufe der Jahrzehnte personenbezogene Unterlagen zusammengetragen worden, die heute ca. 47 Millionen Einzelinformationen zu ca. 17 Millionen verschiedenen Personen umfassen. Über eine alphabetisch sortierte Datenbank lassen sich mittlerweile sämtliche Namen auch nach phonetischen Varianten recherchieren. Aufgrund der aktuellen Erfordernisse durch die Zwangsarbeiteranfragen wurde der Mitarbeiterstab in Bad Arolsen im vergangenen Jahr auf ca. 440 Personen aufgestockt, um die Antragsbearbeitung zeitlich deutlich zu verkürzen. Perspektivisch sollen die Bestände des Suchdienstes der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden – eine Beständeübersicht wäre aber

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

jetzt schon wünschenswert, wie die angeregte Diskussion zeigte. Die Tätigkeit des Suchdienstes spielte nicht nur im Anschluß an dieses Referat immer wieder eine wichtige Rolle in der Diskussion, zumal sowohl von Seiten der Forschung als auch der Archive Unklarheit über die konkreten Bestände in Arolsen besteht.

Die anschließenden Sektionen der Tagung waren in fünf Bereiche unterteilt:

A. Überlieferung durch die Betroffenen (Moderation: Dr. Alexander von Plato, Fern-Universität Hagen)

Insgesamt müssen die schriftlichen und mündlichen Selbstzeugnisse der ehemaligen Zwangsarbeiter als wichtige Ergänzungsüberlieferung zu dem von behördlicher Seite überlieferten Schriftgut angesehen werden, daß die individuellen Erlebnisse der Opfer oft nur unzureichend dokumentiert und nur ansatzweise Einblicke in zahlreiche noch offene Fragen gewährt. Katharina Hoffmann (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) erläuterte quellenkritisch Grenzen und Möglichkeiten von Zeitzeugeninterviews vor dem Hintergrund der schriftlichen Überlieferung. Mit den Anfragen, die von Seiten der ehemaligen Zwangsarbeiter schriftlich an die Archive gestellt werden, stellte Annette Hennigs (NRW Staatsarchiv Münster) eine weitere Überlieferung von Selbstzeugnissen dar, die im Rahmen der gebotenen Quellenkritik eine qualitativ sehr disparate, insgesamt jedoch interessante und auf Dauer auch archivwürdige Ergänzungsüberlieferung zu den mündlichen Selbstzeugnissen bilden. Karl Reddemann (Stadtarchiv Münster) berichtete über ein Projekt der Stadt Münster, das Lebensgeschichten der Betroffenen wissenschaftlich dokumentieren soll und die Entwicklung von Materialien für die historisch-politische Bildungsarbeit ermöglichen soll. Zu diesem Zweck werden Zeitzeugeninterviews in der Republik Belorus durchgeführt und intensive Briefkontakte gepflegt.

Deutlich kam in den Beiträgen dieser Sektion heraus, wie wichtig die Zeitzeugenaussagen für die Forschung sind. Unter Berücksichtigung der Problematik, daß hier Erlebnisse nach mehr als fünf Jahrzehnten und durch den Filter, den Erinnerung nun mal beinhaltet, berichtet werden, eröffnet sich hier doch ein wesentlicher Zugang zu den Lebenswelten der ehemaligen Zwangsarbeiter. Insbesondere für die lokale Forschung bietet sich hier eine große Chance.

B. Staats- und Kommunalarchive, ihre Bestände und Sammlungen (Moderation: Dr. Norbert Reimann, Westfälisches Archivamt, Münster)

Der Blick auf die Überlieferungssituation auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene verdeutlichte anschaulich die Bandbreite der Recherchemöglichkeiten, machte aber auch die Grenzen sichtbar. Hermann Niebuhr (NRW Staatsarchiv Detmold) stellte heraus, daß die Aussagekraft der im Bereich der staatlichen Behörden und Gerichte erwachsenen Quellen keine differenzierte Darstellung der Thematik ermöglicht, aussagekräftiges Schriftgut stammt z.T. von den Stellen, die nicht zwangsläufig an die staatlichen Archive abgeben müssen, es aber glücklicherweise dennoch getan haben: Kommunen, Kreise und NSDAP. Günther Högl (Stadtarchiv Dortmund) beleuchtete die Problematik aus der Sicht eines Kommunalarchivs, das für die Nachweisführung auf serielle Quellen (Hausstandsbücher, topographische und personenbezogene Melderegisterunterlagen, usw.) zurückgreifen kann und auf dieser Basis auch ehemalige Lagerstandorte ermittelt und Plausibilitätsnachweise führt. Ergänzt wird dieser Überlieferungsstrang durch Akten, die im Rahmen der NS-Verfolgung entstanden sind (Verhaftungen, Haftbücher, Prozeßakten, usw.). Im Stadt-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

archiv Schwerin hat sich mit den Akten des Kriegsschädensamtes ein besonderer Bestand erhalten, den Bernd Kasten vorstellte. Seit Januar 1942 hatten Ausländer, die durch Kriegseinwirkung Schaden erlitten hatten, per Gesetz Anspruch auf Entschädigungsleistungen. In diesem Zusammenhang sind Inventarlisten entstanden, die zwar nur zu einem geringen Teil zu Zwangsarbeitern im engeren Sinne gehören, insgesamt jedoch einen interessanten Einblick in die Lebensumstände der Zwangsarbeiter und auch der übrigen in der deutschen Kriegswirtschaft tätigen Ausländer gestatten.

Allgemein wird die Überlieferungssituation auf die einzelnen Archive bezogen als sehr fragmentarisch gesehen – in der Zusammenschau zeigt sich aber auch die Viefältigkeit der Forschungsmöglichkeiten und die sich ergänzenden Bestände. Dieses Fazit konnte in den Diskussionen der weiteren Sektionen unterstrichen werden.

C. Kirchliche Archive (Moderation: Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser, Philipps-Universität Marburg)

Kirchliche Einrichtungen stehen insgesamt vor der besonderen Problematik, daß sich die Geschichte der Zwangsarbeit im kirchlichen Rahmen nicht aus der kirchlichen Überlieferung allein heraus aufarbeiten läßt. Für die evangelische Kirche berichtete Michael Häusler (Archiv des Diakonischen Werkes der EKD in Berlin) über die spezielle Überlieferungssituation in kirchlichen Archiven, insbesondere im kirchlich-diakonischen Bereich, dessen Schriftgutbildung nicht – wie bei der Amtskirche – dem staatlichen Vorbild folgt und entsprechend unstrukturierter ist. Nur zum Teil erlauben Akten der kirchlichen Einrichtungen (Krankenhäuser, Landwirtschaft, etc.) bzw. aus dem seelsorgerischen Bereich die Aufarbeitung der Thematik, unverzichtbar ist der Blick in staatliches und kommunales Archivgut (Meldelisten, Sozialversicherung, etc.).

Ulrich Helbach (Historisches Archiv des Erzbistums Köln) erläuterte die ähnlich problematische Überlieferungssituation in den Archiven der katholischen Kirche, die sich zur Aufgabe gestellt hat, alle ehemaligen Zwangsarbeiter, die in Einrichtungen der katholischen Kirche eingesetzt waren, zu ermitteln, um ihnen direkt eine Entschädigungsleistung zukommen zu lassen. Die aufwendigen Recherchen werden erschwert durch das Problem, daß in den zentralen Beständen der bischöflichen Verwaltungen in der Regel nur allgemeine Informationen zur Regelung der Zwangsarbeit stecken, während in den potentiell ergiebigeren lokalen Beständen der konkreten Landwirtschafts- und Fürsorgeeinrichtungen die Quellenlage häufig sehr schlecht ist.

D. Ausländische Archivbestände (Moderation: Prof. Dr. Wilfried Reininghaus, NRW Staatsarchiv Münster)

Durch die Aktivitäten der Alliierten in der Nachkriegszeit entstanden serielle Quellen, die im großen Umfang namentliche Nachweise der Zwangsarbeiter ermöglichen. Joachim Schröder (Stadtarchiv Düsseldorf) fand im belgischen Archiv des Services des Vicimes de la Guerre in Brüssel Fragebögen, mit denen der Belgische Nationale Suchdienst nach dem Zweiten Weltkrieg in der ehemaligen britischen Besatzungszone die Standorte, Größe und nationale bzw. personelle Zusammensetzung der Lager ermittelte, in denen während des Krieges Zwangsarbeiter untergebracht gewesen waren. Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe konnten diese Fragebögen auf Mikrofilm aufnehmen und in naher Zukunft allen betroffenen und interessierten kommunalen Archiven zur Verfügung stellen. Albert Oosthoek (Gemeentearchief Rotterdam)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

berichtete über die Überlieferung im Informationsbüro des Niederländischen Roten Kreuzes in Den Haag, die ebenfalls durch Suchaktionen der Alliierten entstanden ist. Die Daten einer dort lagernden Zentralkartei mit ca. 650.000 namentlichen Nachweisen gesuchter bzw. verstorbener Personen konnte inzwischen elektronisch erfaßt werden. Oosthoek geht davon aus, daß auf dieser Quellenbasis bis zu 95 % der niederländischen Zwangsarbeiter ermittelt werden können.

Wolfgang Weber (Vorarlberger Landesarchiv Bregenz) erläuterte die Überlieferungssituation für Vorarlberg, das 1939 seinen Status als eigenes Bundesland verlor, so daß für die folgenden Jahre keine schriftliche Überlieferung der Landesverwaltung vorhanden ist. Dagegen hat sich auf der Ebene der Landräte eine lückenhafte Überlieferung erhalten, so daß für einige tausend ehemalige Zwangsarbeiter biographische Daten ermittelt werden konnten, die grundsätzlich in eine digitale biographische Datenbank eingearbeitet werden könnten. Dies geschieht in St. Pölten (Niederösterreich) bereits seit dem letzten Sommer.

Barbara Stelzl-Marx (Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung Graz) hatte im Rahmen ihrer Forschungen die Möglichkeit, das Archiv von Memorial in Moskau einzusehen. Nach einer Zeitungsente, die 1990 über angeblich zu erwartende Entschädigungszahlungen berichtete, erreichten die Moskauer Einrichtung ca. 440.000 Briefe, in denen ehemalige Zwangsarbeiter ihre Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland offen legten. Hier ist auf diese Weise eine parallele Überlieferung zu den Anfragen entstanden, die heute die deutschen Archive erreichen und als Ego-Dokumente eine wichtige Ergänzungsüberlieferung bilden.

Stefan Schröder (Stadtarchiv Greven) erarbeitete im Rahmen seiner Dissertation die Geschichte der Displaced Persons und hat dafür international in Archiven recherchiert. Aufgrund der verwaltungstechnischen Erfassung der DPs durch die (West-) Allierten im Zuge der Repatriierungsmaßnahmen und aufgrund der hohen Mobilität der DPs sind hier umfassende listenförmige Erhebungen gemacht worden, von denen Kopien in verschiedene Archive gelangt sind (u.a. in unbekannter Vollständigkeit nach Bad Arolsen) und die heute eine wesentliche Grundlage für die Erbringung von Namensnachweisen für die ehemaligen Zwangsarbeiter durch die Archive bilden. Ergänzt wird dies durch die Überlieferung der staatlichen und kommunalen Verwaltung der DP-Lager.

Insgesamt hat die internationale Recherche nach weiteren Quellen zur Zwangsarbeit eine erhebliche Erweiterung der bisherigen Erkenntnisse erbracht, wobei aber auch hier mit Lücken zu rechnen ist.

E. Wirtschaft (Moderation: Prof. Dr. Ottfried Dascher, NRW Hauptstaatsarchiv Düsseldorf)

Der Bereich der Wirtschaftsarchive birgt insofern Besonderheiten, als die Bestände der Privatunternehmen nicht dem Archivgesetz unterliegen, so daß kein juristischer Anspruch auf Einblick besteht. Insgesamt ist hier aber eine Überlieferung zu erwarten, die zumindest ansatzweise die bundesweit großen Überlieferungslücken in der staatlichen Arbeitsverwaltung aufgrund von Zerstörungen während und unmittelbar nach dem Krieg ersetzen.

Klaus Müller berichtete über die Wirtschaftsüberlieferung im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz. Aufgrund der Zuständigkeit der Staatsarchive in der ehemaligen DDR für das Schriftgut der staatlichen Wirtschaft haben sich hier umfangreich Bestände erhalten, die Müller unterscheidet

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nach Quellen über Beziehungen der Betriebe zu Behörden und Institutionen und nach Quellen zur innerbetrieblichen Organisation der Zwangsarbeit. Quellen der ersten Gruppe bilden die Ersatzüberlieferung für die mangelhafte Arbeitsamtsüberlieferung. Quellen der zweiten Gruppe lassen Erkenntnisse über die Lebenssituation der Zwangsarbeiter erwarten. Branchenspezifische Arbeitsgruppen organisierten firmenübergreifend bestimmte Bereiche wie Unterbringung, soziale Betreuung, Freizeitgestaltung, usw. Müller betont, daß es gerade über die Betriebsakten möglich ist, die Schicksale der einzelnen Zwangsarbeiter individuell nachzuvollziehen und hier deutlich über die Möglichkeiten der Überlieferung hinaus zu gehen, die durch die Organisation des Arbeitseinsatzes entstanden ist.

Zur Quellensituation in Bezug auf den Steinkohlenbergbau, der aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs eine besondere Bedeutung beim Einsatz von Zwangsarbeitern hatte, berichtete Evelyn Kroker (Bochum). Die Verteilung der Quellen auf die verschiedenen staatlichen Archive und Archive der Wirtschaft ließ im Rahmen eines Forschungsprojektes zum Thema den Gedanken aufkommen, ein Spezialinventar zu erstellen. Trotz der insgesamt nicht umfassenden Überlieferungssituation konnte Kroker die Möglichkeiten für künftige Forschungsvorhaben skizzieren.

Jutta Hanitsch (Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg) hob noch einmal die Bandbreite der Überlieferung, die insgesamt für die 1940er Jahre gesichtet werden muß, hervor. Da es im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg nur acht Bestände gibt, die eine dichte Überlieferung zu den 1940er Jahren aufweisen, liegt die Notwendigkeit auf der Hand, neben den Unternehmensbeständen auch die der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern ebenso zu durchleuchten wie die Nachlässe von Personen aus der Wirtschaft.

Zusammenfassend zeigte die Tagung die dringende Notwendigkeit für die Archivare und die Historiker zur Vernetzung ihrer Informationen. Die Diskussion kreiste immer wieder um die Fragen, die die alltägliche Praxis der Beschaffung von Nachweisen für die ehemaligen Zwangsarbeiter aufwirft. Es besteht große Unsicherheit über die Anerkennung und die Formulierung der Plausibilitätsnachweise, die von den meisten Archivaren erstellt werden, wenn sie keinen direkten namentlichen Nachweis erbringen können. Insgesamt erbrachte die Tagung zahlreiche Hinweise zu weiterführenden Quellen, die die Recherchetätigkeit der Archivare unterstützen können. Die Aktenvernichtungen bei Kriegsende erschweren Beweise, die dezentralen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland haben jedoch oft Bestände vor der Vernichtung bewahrt, die z.T. durch die intensive Auseinandersetzung mit der Thematik heute wieder ans Tageslicht kommen. In Österreich wurden schon zeitiger zentrale Clearingstellen geschaffen, in denen z.T. Datenbanken erstellt werden (Niederösterreich), die die Recherchetätigkeit erleichtern. In Deutschland befinden sich solche Clearingstellen noch im Aufbau.

Gleichzeitig konnten Forschungsdesiderate und Möglichkeiten für künftige Forschungsprojekte aufgezeigt werden. Weil die NS-Zeit auf Dauer ein Thema bleiben wird, das die Nachgeborenen beschäftigt, ist die Erschließung und wissenschaftliche Aufarbeitung der Kriegs- und Kriegsfolgeakten nötig.

Insgesamt kann der gewonnene Überblick über die vorhandenen Quellenbestände zur Zwangsarbeit in Deutschland sicher nicht als vollständig bezeichnet werden, der Tagungsband liefert aber einen wichtigen hilfswissenschaftlichen Beitrag

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zur Quellenkunde des 20. Jahrhunderts. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat die Bochumer Tagung gefördert und damit gezeigt, daß sie den Austausch von Historikern und Archivaren auf diesem Gebiet unterstützt.

Der Tagungsband ist Mitte Oktober 2001 unter folgendendem Titel erschienen: Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschießungsstrategien, hg. von Wilfried Reininghaus, Bielefeld 2001 (Verlag für Regionalgeschichte), ISBN 3-89534-428-1

Kurzbeschreibung der „Planungswerkstatt Erinnerungskultur: Geschichte in Ostwestfalen-Lippe 1933-1945. Wege der Erinnerung"

von Juliane Kerzel

Die „Planungswerkstatt Erinnerungskultur" ist ein Projekt der „EXPO-Initiative Ostwestfalen-Lippe". Sie beabsichtigt eine Aufarbeitung regionaler Geschichte der Zeit des Nationalsozialismus mit einer internationalen Verknüpfung von Erinnerungskultur und ihrer öffentlichen Vermittlung. Das vorerst auf zwei Jahre befristete Projekt wird von den Kreisen Paderborn und Gütersloh getragen und durch Landesmittel gefördert. Für die Schirmherrschaft konnte Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, gewonnen werden. Die fachliche Betreuung erfolgt über den wissenschaftlichen Beirat.

Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Dokumentationsstätten "Stalag 326 (VI K) Senne", einem ehemaligen Kriegsgefangenenlager in Schloß Holte-Stukenbrock, und „Wewelsburg 1933-1945. Kult- und Terrorstätte der SS" in Büren, deren Ausstellungskonzepte auf Grundlage neuer Forschungen aktualisiert werden sollen. Erste daraus hervorgegangene Ergebnisse sind in der Werkstattausstellung „Erinnerung braucht einen Ort" zu sehen, die 2001-2002 in allen Kreisen von Ostwestfalen-Lippe gezeigt wird.

Dritte Aufgabe des Projektes ist die Erfassung bisheriger Forschungsergebnisse und laufender Projekte zum Thema Nationalsozialismus für die Region Ostwestfalen-Lippe, sie miteinander zu vernetzen und organisatorisch zu verbinden. Die konzeptionelle Arbeit beider Dokumentationsstätten steht ebenso wie das Gesamtprojekt unter der Prämisse, in einem interdisziplinären Kontext Mittel und Wege zur Ansprache vor allem junger Menschen zu finden, um ihnen auch in Zukunft die NS-Geschichte eindrucksvoll vermitteln.

Im Sinne der Vernetzung wurden bislang drei Tagungen durchgeführt. Eine zentrale Einrichtung im Rahmen eines Netzwerkes der „Erinnerungskultur in Ostwestfalen-Lippe" sollte nach allgemeinen Wünschen vorrangig Aufgaben zur eigenen Arbeitserleichterung in Form von „Informations- und Service-Angeboten" übernehmen. Angeregt wurden z.B. Listen von regionalen Initiativen, Projekten, Aktivitäten etc. mit Adressen und Projektbeschreibungen, Veranstaltungs-, Literaturhinweise, Verzeichnisse mit Referenten, Wanderausstellungen und Zeitzeugen. Die Anlaufstelle sollte zudem Informationen zur Forschung und erste Hilfestellungen für Laienvorhaben bieten. Überwiegend wurden Angebote angeregt, die langwierige Recherchen ersparen könnten.

Die letzte Tagung „Netzwerk Erinnerungskultur Ostwestfalen-Lippe" fand am 28. September 2001 in der Universität

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN